

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg),
Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/1807 –**

Einstufung der Rebellen-Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) als Terror-Organisation durch den Europäischen Rat

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Europäische Rat hat am 29. Mai die Rebellen-Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die große Teile Sri Lankas kontrolliert, offiziell als Terror-Organisation eingestuft. Zugleich forderte die EU die Regierung Sri Lankas auf, den Friedensprozess voranzutreiben.

Die Aufnahme der LTTE in die „Terrorliste“ hat zur Folge, dass sämtliche Vermögenswerte der LTTE in der EU eingefroren werden. Kontakte zu den Tamil Tigers seien weiterhin möglich, betonte die EU in der Erklärung, sofern dies zum Ende der Gewalt und zu einem Friedensprozess beitragen. Vor dem Hintergrund verstärkter Unruhen und militärischer Auseinandersetzungen in Sri Lanka ist zu befürchten, dass der 2002 beschlossene Waffenstillstand aufgekündigt wird und der Bürgerkrieg erneut ausbricht. Zugleich stellt der Wiederaufbau nach Tsunami-Katastrophe weiterhin eine große Herausforderung für Sri Lanka dar, besonders im Tamilengebiet.

1. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die Einstufung der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) als terroristische Vereinigung durch den Europäischen Rat die Bedingungen für einen Annäherungsprozess aller Parteien in Sri Lanka unter internationaler Vermittlung verbessert?

Wenn ja, wie begründet sich diese Einschätzung?

Die EU und die sog. Tokyo Co-Chairs (EU, USA, Norwegen, Japan) haben gleichermaßen deutlich gemacht, dass eine Lösung des Konflikts in Sri Lanka in erster Linie von den beiden Konfliktparteien, also der sri-lankischen Regierung und der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), abhängt und von der internationalen Gemeinschaft nur flankiert werden kann.

Aufgrund in letzter Zeit deutlich zunehmender terroristischer Aktivitäten wurde die LTTE als terroristische Vereinigung gelistet. Bei der Frage der Listung ging es einerseits darum, den Druck auf die LTTE entsprechend zu erhöhen und ihre

internationale Isolation zu unterstreichen, um sie dazu zu bewegen, ihre Gewaltaktionen zu unterlassen und Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Beides sind grundlegende Voraussetzungen, um die Bedingungen für einen Annäherungsprozess der Konfliktparteien zu verbessern. Andererseits ging es aber auch darum, die Finanzierung des LTTE-Terrors zu erschweren. Diese erfolgt in erheblichem Umfang durch Druckausübung auf in der EU lebende Tamilen. Die EU-Mitgliedstaaten sind völkerrechtlich verpflichtet, die Bestimmungen der Resolution 1373 des VN-Sicherheitsrates zur Verhinderung der Finanzierung von Terroranschlägen umzusetzen.

2. Liegen der Bundesregierung Informationen vor, wie sich die Regierungen von Norwegen und Japan, die den Friedensprozess maßgeblich unterstützen, zur Entscheidung der EU verhalten?

Die so genannten Tokyo Co-Chairs, zu denen neben den USA und der EU Norwegen und Japan gehören, haben in einer Erklärung vom 30. Mai 2006 angekündigt, dass die LTTE auf Gewalt und Terrorismus verzichten muss. Ansonsten würde dies zu weiterer Isolation der LTTE führen. Die norwegische Regierung hat die LTTE nicht als Terrororganisation gelistet.

3. In der Erklärung des Europäischen Rates wird die Regierung Sri Lankas aufgefordert, der „Kultur der Straflosigkeit“ zu beenden. Was ist damit aus Sicht der Bundesregierung gemeint?

Die in der Erklärung des Europäischen Rates enthaltene Aufforderung an die Regierung Sri Lankas, die „Kultur der Straflosigkeit“ zu beenden, ist als Mahnung an die sri-lankische Regierung zu verstehen, Gewalttätigkeiten vor allem auch der Sicherheitskräfte gegen die tamilische Zivilbevölkerung in regierungs-kontrollierten Gebieten zu ahnden und die Verantwortlichen ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Dies ist bisher nicht ausreichend geschehen.

4. Welche Auswirkungen in Sri Lanka sieht die Bundesregierung im Kontext der Einstufung der LTTE als terroristische Vereinigung auf die humanitäre Hilfe?

Die humanitäre Soforthilfe der Bundesregierung orientiert sich ausschließlich an den konkreten Erfordernissen der Notlage, ohne Ansehen von politischer Überzeugung oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen. Dabei arbeitet das Auswärtige Amt mit unabhängigen deutschen Nichtregierungsorganisationen oder anerkannten internationalen Hilfsorganisationen (VN, IKRK) zusammen, die die Hilfsprojekte vor Ort durchführen. Eine Zusammenarbeit mit Organisationen, die direkt der LTTE unterstehen oder deren terroristische Aktivitäten unterstützen, hat auch schon vor dem Listungsbeschluss nicht stattgefunden. In der Katastrophenhilfe nach dem Tsunami wurde auf diese Weise eine Vielzahl von humanitären Maßnahmen auch in den vom Konflikt betroffenen Gebieten im Norden und Osten Sri Lankas erfolgreich durchgeführt. Die Bundesregierung wird auch weiterhin humanitäre Hilfe entsprechend der Bedarfslage in Sri Lanka leisten, vorausgesetzt, die Sicherheit ausländischer Helfer ist nicht bedroht.

5. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in Sri Lanka?

Die Einstufung der LTTE als terroristische Vereinigung hat Auswirkungen auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Maßnahmen zur direkten oder indirekten Unterstützung der LTTE waren jedoch nicht geplant.

6. Wird die Bundesregierung in Folge der Entscheidung Programme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, vor allem auch in von der LTTE kontrollierten Gebieten unterbrechen oder ganz beenden?

Die Programme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit arbeiten in den von der LTTE kontrollierten Gebieten auch weiterhin nicht mit dieser Organisation zusammen. Die sri-lankische Regierung hat zum Ausdruck gebracht, dass sie eine Fortführung der deutsch-sri-lankischen Programme auch in den von der LTTE kontrollierten Gebieten ausdrücklich wünscht.

Allerdings ist festzuhalten, dass die Programme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den von der LTTE kontrollierten Gebieten bereits vor der Entscheidung zur Einstufung der LTTE als terroristische Vereinigung unterbrochen oder in der Durchführung sehr stark eingeschränkt waren, da die sich zuspitzende Sicherheitslage eine Projektdurchführung nicht mehr oder nur noch in geringem Umfang zuließ. Ziel der Listung der LTTE als Terrororganisation – verbunden mit der Ankündigung, im Falle der Beendigung des bewaffneten Kampfes die Listung wieder aufzuheben – und Ziel des zu gleicher Zeit formulierten Appells an die sri-lankische Regierung, sich ihrerseits friedensorientierter zu verhalten, war es, Druck auf beide Parteien auszuüben, zu einem echten Waffenstillstand zurückzukehren. Sofern dies gelingt, führen die jüngsten Maßnahmen der EU also nicht zu einer Unterbrechung von Entwicklungsprogrammen, sondern tragen dazu bei, einen Zustand zu schaffen, in dem eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Aktivitäten möglich wird.

7. Welche Auswirkungen auf den Wiederaufbau sieht die Bundesregierung durch die Entscheidung des Europäischen Rates, in den vom Tsunami betroffenen Gebieten, die von der LTTE kontrolliert werden?

Die Wiederaufbauhilfe in den Tamilengebieten könnte erschwert werden.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 5 und 6 verwiesen.

8. Welche Auswirkung hat die Einstufung der LTTE als terroristische Organisation auf die humanitäre Hilfe und die Entwicklungskooperation der Europäischen Union?

Für die EU gilt Ähnliches wie für die bilaterale deutsch-sri-lankische Entwicklungszusammenarbeit: Eine Unterstützung der LTTE war innerhalb der Programme der EU ohnehin nicht vorgesehen. Über LTTE-dominierte Gruppierungen umgesetzte Vorhaben werden künftig mit anderen Trägern realisiert. Die Projektimplementierung in den von der LTTE kontrollierten Gebieten ist weiterhin zulässig und von der sri-lankischen Regierung gewünscht.

9. Wie wird sich die Bundesregierung in der Frage einer Fortsetzung der Programme von Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank verhalten, die bislang in erheblichem Maße auch in von der LTTE kontrolliertem Gebiet umgesetzt werden?

Die besondere Berücksichtigung der von der LTTE kontrollierten Gebiete in den Programmen von Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank gründet auch darauf, dass in diesen Gebieten die Armutsinzidenz besonders hoch ist und die Gebergemeinschaft insgesamt die Erkenntnis gewonnen hat, dass eine Reduzierung der ökonomischen Disparitäten zwischen singhalesischen und tamilischen Gebieten über die Reduzierung von Neidpotenzialen einen wichtigen Beitrag zur Konflikttransformation leisten kann. An dieser Einschätzung hat sich durch die Einstufung der LTTE als Terrororganisation nichts geändert. Da die sri-lankische Regierung die Fortsetzung der genannten Aktivitäten wünscht und eine

gezielte Beeinträchtigung der Implementierung durch die LTTE nicht zu erwarten steht, wird die Bundesregierung die Fortsetzung befürworten.

10. Verändert sich aus Sicht der Bundesregierung die Sicherheitslage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisationen in Sri Lanka in Folge des Beschlusses des Europäischen Rates?

Die Sicherheitslage insbesondere für im Norden und Osten Sri Lankas agierende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie von Nichtregierungsorganisationen war bereits vor dem Beschluss der Europäischen Union sehr angespannt, da in diesen Gebieten bereits seit Mitte April 2006 zahlreiche Kampfhandlungen stattfinden und das Risiko, durch Konflikthandlungen oder Terrorakte zu Schaden zu kommen, gegenüber den Vorjahren erheblich angestiegen ist. Die Gefahrenlage ist jetzt erhöht. Die deutsche Botschaft Colombo hatte daher bereits im April dieses Jahres einen Sicherheitshinweis formuliert, der von Reisen in den Norden und Osten des Landes abrät. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind aus diesen Regionen weitestgehend abgezogen. Die Möglichkeit, in von der LTTE kontrollierten Gebieten zu arbeiten, ist jedoch auch künftig abhängig von der allgemeinen Sicherheitslage in diesen Gebieten.

11. Inwieweit wird der Aufbau eines Netzwerks für Konfliktstudien und Konflikttransformation und die Förderung lokaler Initiativen der Konflikttransformation in Sri Lanka, die alle relevanten Akteure eines Friedensprozesses in Sri Lanka zu integrieren versucht, durch die Entscheidung des Europäischen Rates aus Sicht der Bundesregierung beeinflusst?

Die genannten Programme setzen bei der direkten Konflikttransformation an. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag in der Vergangenheit darin, eine Diskussionsplattform für alle Interessensträger des sri-lankischen Konflikts zu schaffen und Initiativen zur Konflikttransformation zu begleiten. Diese Aktivitäten können auch künftig fortgeführt werden, da der Dialog mit der LTTE und ihre Einbeziehung in alle auf eine Lösung des Konflikts abzielenden Ansätze weiterhin zulässig bleibt und nur die Unterstützung der LTTE nicht mehr zulässig ist. Zu einer solchen Unterstützung ist es auch in der Vergangenheit, in immerhin rund fünf Jahren Programmlaufzeit, nur in einigen wenigen Ausnahmefällen gekommen, etwa um die LTTE durch Aktivitäten des sog. Capacity Building in die Lage zu versetzen, an den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Waffenstillstands teilzunehmen.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung den Hinweis der beiden deutschen Hilfsorganisationen Brot für die Welt und medico international, die vor einer einseitigen Parteinahme der EU-Kommission im Konflikt zwischen Regierung und tamilischer Minderheit auf Sri Lanka warnen (DPA, 1. Juni 2006) und negative Konsequenzen für die humanitäre Hilfe befürchten?

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich auf eine gemeinsame politische Linie gegenüber den Konfliktparteien geeinigt, die auch für die Europäische Kommission gilt. Die Europäische Union ist um eine Haltung gegenüber beiden Konfliktparteien bemüht, die deren jeweiligem Verhalten gerecht wird. Dies wird in den Erklärungen des Europäischen Rates deutlich.

Zur Frage der Konsequenzen für die humanitäre Hilfe wurde in der Antwort zu Frage 4 Stellung genommen.